



AfD-Ratsgruppe im Rat der Stadt Münster Leostraße 16 48153 Münster

## Antrag

### **Auf Open Source Software umsteigen**

Der Rat der Stadt Münster möge beschließen:

1. Die Stadt Münster und alle mehrheitlich in ihrem Besitz befindlichen Unternehmen stellen ihre technische Infrastruktur auf Open Source Software (OSS) um.
2. Voraussetzung für den Einsatz von OSS ist, dass sie mit einer OSI kompatiblen oder unter einer Creative Commons-Lizenz veröffentlicht werden.
3. Die Stadt Münster verpflichtet ihre Vertragspartner beim Kauf von Softwareprodukten, alle Komponenten der Software offen zu legen. Der Vertragspartner muss der Stadt Münster bei der Sicherheitsüberprüfung der Produkte durch Bereitstellung von Musterexemplaren, Produktunterlagen und Erläuterung der Produktkonstruktion unterstützen.
4. Die Stadt Münster verpflichtet ihre Vertragspartner beim Bezug von Software, den Quellcode der verwendeten Software einschließlich der Historie des Codes, offen zu legen. Der Stadt Münster ist ferner das Recht einzuräumen, diesen Quellcode selbst oder durch fachlich versierte Dritte, insbesondere durch das BSI, überprüfen zu lassen.

Begründung:

In der öffentlichen Verwaltung ist der Einsatz von Microsoft-Produkten heute der Standard. Dies gilt sowohl für das Betriebssystem. Hier sind die Produktversionen Windows 7.0 bis Windows 10.X auf den meisten Rechnern installiert.

Windows dominiert ebenfalls den Markt für Software-Anwendungen in der öffentlichen Verwaltung. Dies durch die Produkte aus dem Office-Bereich. Diese umfassen eine größere Menge an einzelnen Programmen für bestimmte Zwecke. Microsoft fasst mehrere Komponenten zu Programmpaketen für bestimmte Zielgruppen zusammen. Gewöhnlich enthält aber jedes Programmpaket ein Textverarbeitungsprogramm (Word), ein Programm zur Tabellenkalkulation (Excel), ein Datenverarbeitungsprogramm (Access), ein multimediales Präsentationsprogramm (PowerPoint) und einen auf Windows basierenden Web-Browser. Microsoft bietet ergänzend eine Reihe weiterer Programme an.

Alle diese Programme haben jedoch eines gemeinsam. Der Käufer erwirbt nur eine Lizenz der entsprechenden Software. Er erhält von Microsoft nur den maschinenlesbaren Programmcode für die erworbenen Produkte. Nicht jedoch den maschinenengeschriebenen Quellcode der entsprechenden Software.

Nur wer diesen kennt, weiß wie die entsprechende Software arbeitet. Und ob sie über Backdoors in der Software (Hintertüren in der Software) verfügt. Über die sie geheime Informationen abgreift und an den Hersteller oder einem im Ausland befindlichen Geheimdienst weiterleitet.

Dieses Risiko gibt es bei Open Source Software nicht. Zudem können Fachleute den Programmcode auf Schwachstellen untersuchen. Hierdurch können Angriffe auf den Anwender durch Hacker verhindert werden. Dies erhöht die Sicherheit in der Anwendung der Produkte.

Herstellerunabhängigkeit, mehr Sicherheit und Transparenz sind die Vorteile beim Umstieg auf OS-Software. Damit diese Vorteile realisiert werden, ist es erforderlich, dass die Produkte unter einer OSI-kompatiblen oder einer Creative Commons Lizenz veröffentlicht werden.

Heute hat Microsoft ein Monopol in der öffentlichen Verwaltung. Dies ist nicht mehr zeitgemäß. Denn es gibt bessere Produkte, die zudem kostenlos zur Verfügung stehen. Problematisch ist vor allem, dass Microsoft ein US-amerikanisches Unternehmen ist. Es hat seinen Hauptsitz in Redmond im US-Bundesstaat Washington. Bekannt ist zudem eine enge Zusammenarbeit mit den US-Behörden.

Damit ist davon auszugehen, dass die an Microsoft übermittelten Daten letztlich bei den US-Geheimdiensten landen. Dabei handelt es sich um sensible Daten der Bürger. Ebenso werden dadurch diesem Unternehmen Sachverhalte bekannt, die ihrer natur nach eigentlich geheim bleiben müssen. Daher ist der weitere Einsatz von Microsoft-Produkten in der öffentlichen Verwaltung aus Sicherheitsgründen nicht mehr zu rechtfertigen. Letztlich kann man Microsoft nicht vertrauen. Man weiß nicht, was er mit den erhaltenen Daten macht. Daher ist eine weitere Zusammenarbeit unverantwortlich.

Open Source Software hingegen ist sicher. Die entsprechenden Probleme können hier nicht auftreten. Der Anwendung entsprechender Produkte ist daher den Vorzug zu geben.

Zudem sind diese Produkte selbst in der Regel kostenlos verfügbar. Allein die entsprechende Wartung und Pflege kostet Geld. Durch den Einsatz von OSS kann der städtische Haushalt deutlich entlastet werden. München kalkuliert mit Kosten von 90 Millionen Euro für den Einsatz von Microsoft-Produkten.

Werden langfristig alle Microsoft-Produkte bei der Stadt Münster durch OS-Software ersetzt, dann können bis zu 20 Millionen Euro an Ausgaben eingespart werden.

Andere Länder sind weiter. So nutzen etwa in Frankreich 15 von 22 Ministerien OSS. In Schweden ist der Anteil von OSS von 2012 bis 2017 von 15 auf 20% gestiegen. Italien etwa setzt schon immer auf OSS.

Die öffentliche Verwaltung steht in den nächsten Jahren vor einem Umbruch. Dem Umzug von Client-Server-Anwendungen hin zu webbasierten Anwendungen unter Einschluss von Cloud-Dienstleistungen. Diese Anwendungen arbeiten im Browser. Sie benötigen keine Microsoft-Produkte mehr. Damit bietet sich die Möglichkeit sich aus der Umklammerung des Software-Monopolisten Microsoft zu lösen.

Hierdurch kann der Wettbewerb im Bereich der Software für öffentliche Verwaltungen gefördert werden. Vor allem aber wird dadurch die Datensouveränität der Stadt Münster wiederhergestellt.

Martin Schiller

Richard Mol

AfD-Ratsgruppe